

Freerk Huiskens, Bremen 5/93

# RASSISMUS: THEMA VERFEHLT!

## Hauptthese:

In der Rassismusdebatte wird nicht mehr unterschieden zwischen staatlicher Zwangsrekrutierung von Staatsbürgern, damit der Menschensortierung nach In- und Ausländern und einer völkischen Begründung dafür, zwischen imperialistischer Außenpolitik (Asylpolitik) und ihren rassistischen Legitimationen, zwischen nationalistischem Gehorsam der Mehrheit deutscher Bürger und dem Verhau an rassistischen Bildern, mit dem dieser Gehorsam selbstbewußt vollstreckt wird, und deswegen fällt es auch nicht groß auf, wo tatsächlich das politische Anliegen von gewaltsamer Ausgrenzung mit dem rass. Urteil zusammenfällt - wie bei den Faschos..

Alles ist gleichermaßen Rassismus: Die Tat, die Begründung, das Interesse. So findet eine rechte Geisterdebatte statt. Deutsche Asylpolitik, die Durchsetzung ihrer Maßstäbe nach innen, die Gefolgschaft deutscher Bürger und die bei dt. Politikern durchaus nicht erwünschten rechtsextremistischen "Auswüchse" der von oben inszenierten Asylanten-raus-Kampagne (s. z.B. Rühle-Brief) werden als Abweichungen von Demokratie erörtert, die rassistische Begründung politischer Anliegen wird als ihr Inhalt und Zweck begriffen, sodaß letztlich nicht mehr unterschieden werden kann, wo der Rassismus wirklich die Politik bestimmt und wo er allein der Titel für eine andere, z.B. politische Sache ist.

Resultat der Analyse: Die Gleichheit wird durch gewaltsame Ausgrenzung mit Füßen getreten, die Demokratie - die natürlich auch ihre Schattenseiten hat, aber immerhin noch besser ist als .... - geht den Bach runter und der Faschismus ist auf dem Vormarsch .

Die Wirklichkeit der neuen Innen- und Außenpolitik des dem. Kapit. Deutschlands wird hier verfehlt. Sie kommt nur als

negative Abweichung von allen möglichen polit.moralischen Idealen (come together) vor, nicht mehr als das was sie ist. Das hat Konsequenzen.

Zeit zum Sortieren. Dazu einige Gedanken.

## 1. Asylpolitik

## 2. Zur Sache: Die Asylpolitik ...

Die Geisterdebatte beginnt mit der bekannten Verurteilung der deutschen Asylpolitik: gänzlich inhuman und ausländerfeindlich sei sie! Wie soll eigentlich Ausländerpolitik freundlich und human abgewickelt werden? Ist doch bereits die ganze Sortierung nach In- und Ausländern das Resultat der oft genug kriegerisch ausgetragenen imperialistischen Konkurrenz von Staatsgewalten. Und ist doch deswegen - kodifiziert im Ausländerrecht - jeder Ausländer erst einmal verdächtig, aus Loyalität zu seinem "Herrn" in der Fremde zu einem Ägernis zu werden. Siehe Solingen!

Dabei liegen die nationalen Anliegen der Asylpol. auf dem Tisch, werden von Kinkel, Klose, Kohl und Seiders nicht einmal geleugnet: Das politische Interesse der praktizierenden Nationalisten in Innen- und Außenministerien hat Deutschland ein neues Recht beschert, das - in konsequenter Vollendung (!) der Anliegen des alten Art.16 II.2. - ab sofort den Ausländer überhaupt nur noch dann ins Inland lassen will, wenn er für ökonomische Dienste ("Gastarbeiter", polnische Tagelöhner, Euro-Lohnarbeiter oder Kapitalimport..), für politische Anliegen ("politisch Verfolgte" wie "Dissidenten", "Freiheitskämpfer" oder das diplomatische Corps ...) und für kulturelle Leistungen (XY spielt, schreibt, heilt oder forscht für Deutschland) benutzbar ist. Eigener Wunsch und offenkundiges Elend der Flücht. gelten nachwievor nichts.

Das heißt für die weltweit für imperialistische Vorhaben absolut überflüssig gemachte Armee von Elendsgestalten, daß sie natürlich gerade in den Metropolen nichts zu suchen haben.



Deswegen werden Flüchtlinge auch jenseits der Grenzen der 'westlichen Zivilisation' nicht in Ruhe gelassen. Das neue Konzept der weltweiten "Entsorgung" des globalen Pauperismus besteht letztlich in der Verpflichtung der Staaten der 3. und 2. Welt, ihren inländischen "Menschenmüll" nicht zum Störfaktor für imperialistische Betriebsamkeit werden zu lassen. Die Durchsetzung dieses Konzepts ist nicht ohne massiven Eingriff in die Innen- und Außenpolitik von den zu "Nichtverfolger-" und "sicheren Drittstaaten" erklärten Ländern zu haben; vom Umgang mit verbleibenden "Verfolger-Staaten" ganz abgesehen. Mit dieser Asylpolitik mischt Deutschland also kräftig in der Konkurrenz der westlichen Mächte um die 'neue Weltordnung' mit.

Das ist die Sache. Sie wird rassistisch vorgetragen. Bekannt sind jene wohlfeilen völkischen Begründungen, die den neuen deutschen Imperialismus für die Mehrheit der Deutschen so unwiderstehlich machen(sollen): "Die passen nicht zu uns, vertragen sich nicht mit uns, können sich wegen ihrer Andersartigkeit nicht integrieren..." Daß diese Begründungen nicht der politische Maßstab für die Ausländerpolitik ist, zeigt die Sortierung zwischen brauchbaren und unbrauchbaren Ausländern. Der Rass. dieser Politik wird allemal vom imperialistischen Interesse D's in die Pflicht genommen, nicht umgekehrt..

## 2. Deutscher Gehorsam

Die staatliche 'Ausländerfeindlichkeit', die sich auf ihr Gewaltmonopol verlassen kann und mit ihren Übergriffen auf Asylanten alles in den Schatten stellt, was ein Haufen verrückter Hitlerfans hier gegenwärtig an Leid produziert und das ist nicht wenig, wird von deutschen Bürgern geteilt und tatkräftig unterstützt. Sie stehen mehrheitlich hinter dem Asylanten-raus-Programm. Der tätige Nationalismus der Staatsgewalt findet seine Bestätigung im Nationalismus der guterzogenen Bürger. Sie machen dieses nationale Anliegen zu ihrer Sache. Erfunden haben sie es nicht. Wie sollten sie auch. Denn diese guten Deutschen wollen weder auf einem polnischen Markt deutsche

Nachtsichtgeräte verkaufen, noch haben sie sich jemals den Kopf über eine euro-gemäße Form der Auflösung Jugoslawiens zerbrochen.

Daß Asylpolitik sie tatsächlich nichts angeht, ändert an der Zustimmung nichts. Dafür haben und finden sie im reichhaltigen öffentlichen Angebot immer wieder neue Begründungen /Verplausibilisierungen, die tauglich sind für die Fundierung ihrer nationalistischen Lebenslüge, die (Ausländer-) Politik würde sich schon irgendwie ihrer Sorgen annehmen. Da gibt es die klassischen Katastrophenszenarien vom "kenternden Boot", dem Arbeitsplatz- oder Wohnungsklau, - ernsthaft die Störung der Nachtruhe entdeckt U.Osterkamp (Z. Blätter 12,91, 1468), weil sie mit W.Haug den Bürgerfasch. als "entfremdete Form eines berechtigten Protests" festhalten möchte. Zu diesen Begründungen gehört offen rassistisches Zeug: Die Asylanten sind dann kriminell, faul und Schmarotzer, geborene Frauenschänder, irgendwie anders, passen deshalb nicht zu uns oder stellen gar einen Angriff auf die deutsch-nationale Identität dar. Das wird geglaubt, weil es zu dem Standpunkt paßt, es werde mit der Asylpolitik Schaden von den Deutschen abgewendet!

Maßstab für eigene ideelle Sortierungspraxis sind diese Rassismen auch bei diesen "guten Deutschen" nicht: Am Ausländer stört sie die "Kriminalität!", doch nicht Kriminelle wollen sie außer Landes schicken, sondern ausländische Kriminelle - sie müßten sonst glatt für die Entvölkerung ihrer Heimat eintreten.

Der Rassismus liefert das beliebig ergänz- und reduzierbare Bildmaterial für den nationalistischen Standpunkt, mit dem diese Deutschen ihre Lebenslüge ausstaffieren, irgendwie werde mit der Asylpolitik auch ihre Sache verfolgt. Dabei ist Wo das Gegenteil unschwer Gegenteil nachzuweisen. Da muß man nicht erst auf geplante Kriegseinsätze zur "Hilfe bei der Repatriierung von Flüchtlingen in Somalia" verweisen. Die neuen Maßstäbe, die mit der Durchsetzung des Asylrechts in D. gelten - die Innenpolit. Kehrseite der Ausländerpolitik - heißen



bekanntlich: Wegen Deutschland am Riemen reißen und neues deutsches Elend als Beitrag zur Nation zu akzeptieren.

Von wegen "entfremdete Form" eines berechtigten Protestes! Es ist die rassistische Form eines nationalistischen Protestes!

### 3. Rechtsradikalismus, Faschos

Die fleißigen Beobachter des deutschen Gehorsams - dessen bequemste Form nun einmal der Nationalismus ist - legen Wert darauf, daß die Bürger ihren rass. ausstaffierten nation. Gehorsam nicht übertreiben. Er soll sich den Anliegen nationaler Ausländerpolitik anpassen, soll sich von diesen nicht trennen und schon gar kein Eigenleben führen, in welchem dann die rassistische Rechtfertigung eines nationalen Staatsinteresses selbst zum leitenden Interesse und vielleicht sogar völkisch exekutiert wird. An diesem Maßstab orientiert sich die Sortierung zwischen den "guten deutschen Nation." und den Neonazis und ihm folgt die jüngste Kritik der demokratischen Politik an Rechtsextremismus und Neonazis. Mit der Zurückhaltung von deutschen Ordnungsmannschaften gegenüber dem "Asylanten-Verbrennen" (Hoyerswerda, Lichtenhagen...) war eben dann Schluß, als die Falschen in Mölln auch noch die Falschen anzündeten. Brave herzensdeutsche Türken und ihre Familien, die sich seit 20 Jahren für deutschen Profit krumm gelegt haben und obendrein Bürger eines, jüngst zu neuer Bedeutung gekommenen NATO-Partners sind (s. Kohl-Besuch), werden nämlich - zur Zeit - explizit von der nationalen "Ausländer-raus-Politik" ausgenommen: Ihre Leistungen und ihre Brauchbarkeit für D. hat ihnen dieses zweifelhafte Kompliment Ausländer 2. (nicht 3.) Klasse zu sein - Übersetzung in Einbildungen nach Solingen. Neonazis folgen dieser Unterscheidung zwischen brauchbaren und unbrauchbaren Ausländern nicht.

An den Neonazis, diesen radikalsten Gefolgsleuten deutscher Ausländerpolitik, stört deutsche Politiker deshalb die Auswirkung des Umstandes, daß sie Nationalismus und Rassismus gleichsetzen: Den Neonazis sind eben alle Ausländer, allein

deswegen, weil sie Ausländer sind, eine Gefährdung des deutschen Volkstums.

Es hat den Faschos nämlich die staatliche Zwangssortierung zwischen In- und Ausländern - dieser allererste und allgemeinste Egalisierungsakt des bürgerl. Staates (ich kenne keine Klassen, keine Parteien, nur noch Deutsche), der Ausgrenzung natürlich zwangsläufig einschließt - so sehr eingeleuchtet, daß sie den damit von bürgerlichen Staaten zimlich gewaltsam in die Welt gesetzten Gegensatz - (der ist übrigens nicht das Produkt von Rassismus: Bruhn (Ausgrenzung = Rassismus)) - zwischen den Nationalmannschaften glatt zur Natur der Völker erklären, der sie zu ihrem staatlichen Recht verhelfen wollen. Auch dabei haben sie von demokratischer Ausländerpolitik abgekupfert: Wo das Ausländerrecht eben den Ausländer für minderberechtigt erklärt, da weiß der Neonazi dies sofort in Minderwertigkeit zu übersetzen, der dann die Höherwertigkeit des Deutschtums entspricht. Auf das hat man dann stolz zu sein, es sich selbst zum Anliegen zu machen, es rein zu halten und sich darum zu sorgen, daß dem Staat der Deutschen auch ein ihrer Wertigkeit entsprechender Rang zukommt.

(Das ist übrigens die Erklärung von Rechtsextr.: Psych, Soz.-Agg.-, Deklass-, Desorientierungstheorie (Osterkamp: ND -"Angst vor gesell., Veränderungen"), die sich dem REX zuwenden und ihn zum Jugendproblem (reif, unreif), (Polizeitandpunkt im Denken) ihn seines politischen Gehaltes entkleiden und ihn dann soz.päd. therapieren wollen (alternativpolizei): Mit Skins Kinderspielplätze bauen, "die dann nur von Deutschen besucht werden dürfen!" O-Ton)

So propagieren sie die vollständige Entfernung aller Ausländer von deutschem Territorium - auch solcher, über die deutsche Politik das Urteil praktiziert, daß sie für nationale Belange durchaus einsetzbar oder wegen nationaler Belange zu dulden sind.



Deswegen werden gegen Neonazis schon mal Urteile nicht zur Bewährung ausgesetzt, deswegen wird das deutsche Volk zu einer Kampagne gegen Rechtsextremismus aufgerufen. Nicht, weil da Rassisten am mörderischen Werke sind, nicht, weil sie Leid über Menschen bringen - wer Asylanten massenhaft an die Stätten ihrer ökonomischen und politischen Drangsalierung zurückkarrt, legt an die eigene Politik diesen Maßstab nicht an - , ruft der demokratische Staat zum Kampf gegen den völkischen Fanatismus des rechtsextremen Rassismus auf, sondern weil der für ihn eine politische Konkurrenz darstellt, die seinen inländischen und auswärtigen Anliegen in die Quere kommt, insbesondere dem deutschen Europaprojekt. Eine Konkurrenz, die zwar machtpolitisch noch nicht die Gefahr ist, sie aber auch gar nicht werden soll.

Ansonsten benutzt deutsche Außenpolitik selbst den völkischen Rassismus als Interventionsrechtfertigung, wenns paßt: Wiedervereinigung, d.i. die Herstellung der Volkseinheit, um Deutschland größer und stärker zu machen; Wolgarepublik, das ist der Anspruch auf die Zusammenführung von "Deutschstämmigen", mit dem ein Mitspracherecht in Rußland gesichert wird ...

#### 4. Falscher Kampf

##### a. Kampf gegen (alltägl.) Rassismus:

Der politische Kern des Rassismus der deutschen Bürger ist der selbstbewußte Gehorsam gegenüber dem Staat und ihren tatsächlichen Anliegen. Dieser Gehorsam der Bürger ist, selbst dort, wo er kritisch gegen die Politik auftritt und ihr "Handlungsunfähigkeit" vorhält, getragen von Sorge um erfundene Anliegen Deutschlands. Der deutschen Führung paßt diese rassistische Parteinahme. Stellt sie doch einen Gehorsam dar, der den Staat nicht als Instrument für private Interesse geprüft, für zureichend oder unzureichend befunden hat, sondern der in der Zugehörigkeit zur deutschen Nation bereits eine Bedienung jedes privaten Interesses sieht. "Kampf gegen (alltäglichen) Rassismus" taugt also nur etwas, wenn er den Angriff auf den nationalistischen Gehorsam der Bürger einleitet.

Falsch als umgedrehter Rassismus von Ausländerfreundlichkeit oder Multikultur. Rassismus mit - gut gemeintem - Rassismus austreiben, ist und bleibt eben Rassismus. Für die Opfer zu sein, statt den Tätern das Handwerk zu legen, ist sowieso immer der falsche Schluß.

Der Nachweis, daß Ausländer gar nicht kriminell oder feig, parasitär seien, um so bei den Ausländerfeinden ein wenig für sie zu werben, teilt gar die Maßstäbe der Ausländerfeinde: Wenn kriminell, dann raus! Wenn nicht nützlich, dann ab ..

##### b. Kampf gegen Rechtsextremismus

"Kampf gegen Rechtsextremismus" taugt nichts. Er hat den "falschen Gegner" im Visier. Als die Gefahr gelten die neuen Hitlerjungen, gegen die ausgerechnet mit den Verfassern und Durchsetzern des Asylrechts Koalitionen geschmiedet werden. Sofern der Kampf gegen Ausländerfeindschaft geht, entlastet er die politischen Täter, macht sich verdient um deutsches Ansehen in der Welt oder trägt mit dem Schutz von Asylantenheimen bestenfalls dazu bei, daß Asylanten unversehr in heimatliches Elend und Foltergefängnisse abgeschoben werden können. Er arbeitet sich daran ab, den bürgerlichen Parteien eine neu erwachsende Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Und schließlich macht er sich darum verdient, die Erinnerung an eine "historische Verantwortung" hochzuhalten, die inzwischen längst zum moralischen Titel neuer großdeutscher Militärexkursionen avanciert ist: Aus wegen unserer Vergangenheit nicht mitschießen ist geworden, wegen unserer Vergangenheit mitschießen.

##### c. Kampf der Faschisierung

"Kampf der Faschisierung" geht daneben, weil es in ihm nur um die Verteidigung der Demokratie geht. Die wird immer noch entweder für ein im Prinzip ziemlich tolles, wegen Freiheit und Gleichheit im Gegensatz zum Faschismus stehendes Wertesystem oder wenigstens für eine Herrschaftsform, die "immerhin besser ist als ..." gehalten. Dabei könnte sich langsam herumgesprochen haben, daß der rechtlich verbürgte Egalita-



rismus der Demokratie darin besteht, mittels Gleichbehandlung z.B. in schulischer, politischer oder ökonomischer Konkurrenz einige an den Bürgern bestehende oder überhaupt erst an ihnen hergestellte Unterschiede für die Bedienung der Erfordernisse der Klassengesellschaft auszunutzen. 'Diskriminierung', die Herstellung und Wiederherstellung kap. funktionaler Unterschiede ist der ganze Witz der bürgerlichen Gleichheit. Und ist denn die Binsenwahrheit inzwischen völlig in Vergessenheit geraten, wonach der demokratische Rechtsstaat jedermanns Privateigentum gleichermaßen geschützt, ob es sich nun um Produktionsmittel, Grundstücke, Aktien oder einen Haufen vergleichsweise armseliger Reproduktionsmittel handelt, und daß durch diese Gleichmacherei gerade so der Kapitalismus läuft und läuft und läuft?

(Das Resultat dieser Konkurrenz gilt dann als Trennung der "Elite der Hochbegabten" von den "Unbegabten", der "Faulen" von den "Fleißigen", der "Kriminellen" von den Gesetzestreuen, der "Führer" von den zu Führenden usw. Hier ist der **erzdemokratische Rassismus** kräftig am Werke und will nachweisen, daß der gesellschaftliche Gegensatz von Armut und Reichtum entweder eine Sinnestäuschung ist, ohnehin nicht das Wesen des Menschen betrifft oder völlig in Ordnung geht, da die Verlierer der Konkurrenz es sich auf jeden Fall selbst zuzuschreiben haben, wenn sie es zu nichts bringen. Die Sieger haben zusätzlich noch für die Vorzüge des 'Systems' einzustehen, das deshalb nicht selten als allein menschengemäße Ordnung gilt.

Empirisch wird der Rassismus hierzulande allemal fündig: Denn wer von höherer Bildung ausgeschlossen wird, der ist eben wirklich **dümmer** - gemacht; und wenn die Frau als Gebärmutter für Deutschland festgeschrieben wird, dann darf es nicht wundern, wenn sie tatsächlich nicht zugleich im Berufsleben "ihren Mann steht". Frauen - und Türken - in Leichtlohngruppen, das ist dann die nächste Anwendung der hierzulande produzierten Unterschiede. Für ihre Ausbeutung ist es wirklich (fast) wurscht, ob ein rassistischer Anlagen-Theoretiker etwas in den

Genen entdeckt haben will oder ob ein progressiver Sozialisationstheoretiker energisch auf die ergänzende Bedeutung der Umwelt verweist. Man muß allerdings aufmerken: Kapitalisten, die Leichtlohngruppen für Frauen vorsehen, handeln nicht aus rassistischen Motiven. Sie greifen vielmehr immer dann und dort zu, wo sie so eine gesellschaftlich produzierte Differenz profitlich einsetzen können. )

Es wird ein Kampf für Erhaltung und den Ausbau (Osterkamp) demokratischer Egalitätsrechte ausgerufen. Man läßt sich auch nicht durch die Tatsache beirren, daß gegenwärtig alle Einbildungen über die Demokratie im Prozeß ihrer Effektivierung (Rechtsruck) gegenwärtig ziemlich radikal demontiert werden: Das Grundgesetz, könnte der lernen, der bisher den Lügen über Dem. geglaubt hat, ist kein sakrosankter ethischer Leitfaden für Politik, sondern wird nach politischen Erfordernissen umgeschrieben; demokratische Opposition ist nicht die Gewähr für parlamentarisch kontrollierte Politik, sondern ihre Behinderung; deswegen kennen die Parteien in der Asylfrage nicht mehr verschiedene Parteien, sondern nur noch deutsche Interessen; die machen dann auch den Eingriff die heilige Privatsphäre durch Lauschangriffe unbedingt nötig oder vielleicht sogar die Anwendung der demokratisch verabschiedeten NS-Gesetze in die Debatte.... Alles mit parlam. Mehrheit, mit Segen der Mehrheit des Volkes, mit Zustimmung aller drei bis vier Gewalten!

Dieser Kampf gegen Faschismus ist blind gegenüber den Zwecken und Formen des dem. Kap.: Er will ihn auf Prinzipien verpflichten, denen sich gerade ein Großteil jener Brutaliäten verdankt, gegen den der Antifaschist vorgehen will. Auch seine Unterscheidung zwischen wahrer und unwahrer, verfälschter Dem., zwischen ihr selbst und den Einbildungen über sie, rettet nichts: Denn erstens taugen auch alle Ideale von Gleichheit nichts und zweitens gibts diese Ideale sowieso nur als (notwendig) blauen Dunst, wenn man sich über dem. Kap. etwas vormachen will.